



Hauptstadt-Bulletin

Kein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen

Einen Antrag der Fraktion der GRÜNEN zur Einführung eines generellen Tempolimits von 130 Stundenkilometern auf deutschen Autobahnen hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit abgelehnt. Aus Sicht der Unionsfraktion gehen die Vorschläge der GRÜNEN in die falsche Richtung. Zum einen soll durch das Tempolimit der CO₂-Ausstoß von Autos gesenkt werden. Die Union jedoch möchte durch eine technologieoffene Förderung alternativer Antriebe, wie Elektro- oder Wasserstoffmotor, den Schadstoffausstoß dauerhaft senken. Zum anderen soll dem Vorschlag der GRÜNEN zufolge durch ein generelles Tempolimit die Zahl der Verkehrsunfälle verringert werden. Gegen diese These argumentierte die Unionsfraktion, dass deutsche Autobahnen verkehrstechnisch sehr gut ausgebaut seien und zu den sichersten Straßen der Welt zählten. Außerdem gilt heute auf rund 30% der Autobahnen ständig oder zeitweise ein Tempolimit, die sich nach den straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften richten.



Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ereignisse der vergangenen Woche in Halle/Saale haben Menschen überall in der Republik erschüttert, haben Bürger wie Politiker gleichermaßen betroffen gemacht. Unser oberstes Ziel, solche Anschläge möglichst zu verhindern, ist bei einem bisher gänzlich unauffälligen Täter besonders schwer zu garantieren. Sicher aber hätte die Synagoge an einem Tag wie Jom Kippur besser polizeilich geschützt sein müssen. Umso mehr nehmen wir dies zum Anlass, uns noch stärker mit antisemitischen Tendenzen in Deutschland auseinanderzusetzen. Für Politiker gilt daher, nicht nur betroffen zu sein, sondern auch konsequent zu handeln. Deshalb planen wir unter anderem einen besseren polizeilichen und baulichen Schutz für jüdische Einrichtungen, eine personelle Aufstockung der Sicherheitsbehörden, eine Meldepflicht von Hass und Hetze im Netz, ein schärferes Waffenrecht und mehr Prävention. Insbesondere im Internet muss zukünftig besser hingesehen werden, um Taten wie in Halle schneller auf die Schliche kommen zu können. Viele dieser Initiativen hat die Union schon vor dem Mord an Walter Lübcke und vor Halle vorgeschlagen. Jetzt gibt es aber auch endlich die parlamentarischen Mehrheiten.

In diesen Zeiten sind Schuldzuweisungen, wie wir sie im Bundestag von verschiedenen Fraktionen wahrnehmen, unangemessen. Nach zwei NSU-Untersuchungsausschüssen sollte klar sein, dass fast jede Partei in Bund und Ländern regiert, also jeder sein Scherflein zur Gesamtlage beiträgt. Daraus haben wir vielfältigste Reformen zur besseren Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt und das werden wir konsequent fortsetzen. Das sind wir nicht nur den Opfern schuldig.

Ihr

Was lange währt – Bundestag beschließt Grundsteuerreform

Zum Abschluss der Sitzungswoche beschloss der Deutsche Bundestag einen von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzesentwurf zur Grundsteuerreform. Damit werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Für die Erhebung der Grundsteuer werden zukünftig nicht allein der Bodenwert des Grundstücks, sondern auch Erträge wie Mieteinnahmen berücksichtigt. Die Grundsteuer soll als verlässliche Einnahmequelle der Kommunen erhalten bleiben, die damit u.a. Infrastruktur, Schulen oder Schwimmbäder finanzieren.

Mehr Artenschutz und Artenvielfalt durch ökologisch-sozialen Interessenausgleich

Sowohl Armin Schuster als auch der CDU-Kreisverband Lörrach bekennen sich ausdrücklich zu einer Politik, die zu mehr Artenschutz und Erhalt unserer Naturlandschaft führt. Dazu gehören alle Lebewesen einschließlich der Bienen. Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ wird jedoch dem eigenen Anspruch, die Bienen zu retten und mehr Artenschutz zu erreichen, nicht gerecht. „Bienenschutz“ sollte weit über den „Honigbienenschutz“ hinausgehen und als ganzheitlicher Natur- und Strukturschutz konzipiert werden, der alle Bienenarten schützt. Das betrifft vor allem die wirklich in ihrer Existenz bedrohten über 500 Wildbienenarten. Jeder, der das Volksbegehren unterstützt, stellt die Lebens- und Einkommensgrundlage unserer Landwirte, Obstbauern und Winzern in Frage. Die CDU hat eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, auch gegenüber den Winzern und Obstbauern. Deshalb unterstütze ich die Anstrengungen der CDU-Landtagsfraktion, einen alternativen Entwurf zu erarbeiten, der mehr Artenschutz und Artenvielfalt durch einen ökologisch-sozialen Interessenausgleich aller Betroffenen erreicht.



Gespräch mit Bürgern aus dem Wahlkreis beim BND

Im Rahmen eines dreitägigen Aufenthaltes in der deutschen Hauptstadt auf Einladung des Bundespresseamtes gehörte ein Gespräch mit Herrn Schuster, der sich als Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums auch mit dem Bundesnachrichtendienst beschäftigt. Im Besucherzentrum des BND schilderte er den Bürgern aus dem Wahlkreis die Kontrollfunktion des Parlaments.

KURZ BERICHTET

Schlauer macht sicherer – Arbeitsschutz zahlt sich aus

Die Zahl der gemeldeten Arbeitsunfälle in Deutschland ist heute deutlich niedriger als noch vor zehn Jahren. Die Erwerbstätigenquote in Deutschland liegt auf einem Rekordhoch: Nach Daten des Statistischen Bundesamtes gingen 2018 drei Viertel der Bundesbürger im erwerbsfähigen Alter einer bezahlten Arbeit nach – und damit so viele wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Doch obwohl immer mehr Menschen arbeiten, ist die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz rückläufig. So wurden zwischen 2013 und 2017 jährlich durchschnittlich rund 794.000 Unfälle im Bereich der gewerblichen Berufsgenossenschaften gemeldet. Zwischen den Jahren 2003 und 2007 waren es im Schnitt noch fast 840.000 pro Jahr. Noch beeindruckender: Die Zahl der gesamten meldepflichtigen Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitbeschäftigten ist von 2002 bis 2017 um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Gründe dafür liegen im technologischen Fortschritt und zahlreichen Kon-

TERMINHINWEISE

20. Oktober 2019

50 Jahre Bad Bellingen

18:00 Uhr | Kurhaus, Bad Bellingen

28. Oktober 2019

CDU Senioren in Mülheim

16:30 Uhr | Bürgerhaus in Müllheim

31. Oktober 2019

Podiumsdiskussion zu CO²

15:00 Uhr | Roche Pharma AG, Grenzach

10. November 2019

Veranstaltung mit Gerald Knaus (Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative – ESI) zu Migrationspolitik und Rückführungsabkommen
11:00 Uhr | Haus Salmegg, Rheinfelden

15. November 2019

Kreisparteitag CDU Breisgau Hochschwarzwald
18.30 Uhr | Kaiserstuhlhalle, Ihringen